

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich begrüße Euch, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur Gedenkveranstaltung am heutigen Antikriegstag.

Ganz besonders begrüße ich Bürgermeister Thomas Hermann sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Bundes-, der Landes- und der Ratspolitik – sowie unsere Mitglieder der IG Metall Jugend und die Jugendlichen des Workcamps des Kriegsgräberbundes sowie Herrn Wilfried Lorenz, Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Stadt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Ein besonderer Gruß geht an die Freundinnen und Freunde des Friedensbüros und der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinte KriegsdienstgegnerInnen.

Ich möchte außerdem an dieser Stelle ganz besonders darauf hinweisen, dass sich die Jugendlichen auf einen gemeinsamen Beitrag vorbereitet haben, den sie im weiteren Verlauf der Veranstaltung präsentieren werden.

Für uns Gewerkschaften ist es eine gute und Jahrzehnte alte Tradition, dass wir am Antikriegstag daran erinnern, dass am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg durch den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen begann. Es ist unser politischer Wille und auch Satzungsziel der IG Metall, eine Welt ohne Krieg und staatliche Waffengewalt zu erreichen.

Unter dem heute nur schwer vorstellbaren Eindruck von Millionen Toten, gänzlich zerstörten Städten, zerbombter Infrastruktur und kaputten Fabriken formulierten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Nachkriegsdeutschland,

dass „die IG Metall sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt und sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung [...] einsetzt.“

„Aufgabe und Ziel der IG Metall“, so heißt es weiter, ist „die Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen.“

IG Metallfrauen und IG Metallmänner setzen sich für Frieden, Solidarität und gegen Rassismus und Ausgrenzung in jeglicher Form ein.

Die IG Metall ist die größte Industriegewerkschaft in Deutschland. In ihr sind neben vielen anderen Branchen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

der Maschinenbauindustrie organisiert. Dies führt dazu, dass die IG Metall auch die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie vertritt. Ein Widerspruch wird offensichtlich. Es ist grundsätzlich im Interesse der IG Metall, durch wirtschaftliches Wachstum Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Doch kann das auch für die Rüstungsindustrie gelten? Ich/Wir meinen: Nein!

Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur in der Welt. Insgesamt genehmigte die deutsche Regierung 2014 Lieferungen im Wert von 6,5 Milliarden Euro. Nach wie vor exportiert Deutschland im großen Stil Rüstungsgüter an Staaten außerhalb von EU und Nato. Der Anteil liegt über 60 Prozent – darunter sind auch Staaten wie Saudi Arabien und Algerien. Diese Rüstungsgüter werden von ca. 80.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland produziert. Und: Ein nicht unwesentlicher Teil dieser Kolleginnen und Kollegen sind Mitglied in der IG Metall.

Wie gehen wir mit diesem Widerspruch um? Auf unserem Gewerkschaftstag 2011 wurde ein klares Bekenntnis dazu abgegeben:

„Senkung der Rüstungsausgaben, keine Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen Handlungen und Hinwirken auf Konversion von Rüstungsexporten ohne dass der notwendige Wandel zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Dass Rüstungskonversion weiterhin ein Thema in der IG Metall ist, hat der ehemalige Erste Bevollmächtigte der IG Metall Hannover, Reinhard Schwitzer, erst kürzlich in einem Aufsatz verdeutlicht:

*Ich zitiere:*

„Es gab und gibt Aktivitäten von engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Rüstungsindustrie, die sich nicht damit abfinden wollen, welche Produkte sie produzieren. Teilweise hatten und haben diese Initiativen Erfolg. So wird z.B. unter dem Motto „Loks statt Leos“ in Schleswig-Holstein heute Schienentechnik statt Panzer entwickelt. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Debatte um alternative Produktionsideen weitergeführt wird.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland herrscht nun seit 70 Jahren Frieden. Sie ist das überaus gute Ergebnis des politischen Handelns derjenigen, die sich in den letzten Jahrzehnten für Frieden in Europa eingesetzt haben.

Aber: Nicht alle Menschen leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit. In über 30 Ländern auf der Welt herrscht Krieg, in denen Männer und auch Frauen und Kinder verwundet werden und sterben. Und denen, die überleben, nehmen Kriege die Grundlage, um in Würde zu leben. Für viele bleibt nur der einzige Ausweg, ihr Land zu verlassen und die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Freiheit.

Diese Menschen brauchen unsere uneingeschränkte Unterstützung und unser Engagement, dass sie hier willkommen sind und wieder eine Zukunft haben.

Leider gibt es auch in unserem Land und leider auch in unserer Stadt Menschen, die diese Meinung nicht teilen. Manchmal weil sie es nicht besser wissen,

manchmal aber auch aus politischer Überzeugung. Im Internet tauchen regelmäßig Kommentare auf, die sich gegen geflüchtete Menschen und ihre Aufnahme aussprechen. Es kostet Zeit und Mut, diese Debatten nicht zu ignorieren sondern darauf zu reagieren. Vor wenigen Tagen ist ein Mitglied der IG Metall Jugend, unser Kollege Aram Ali, mit gutem Beispiel voran gegangen. Er hat auf einen ausgrenzenden Kommentar auf der Internetseite der HAZ reagiert. Daraufhin folgten Beschimpfungen und Drohungen. Zum Schluss entwickelte sich die Diskussion im Netz jedoch zu einem Meisterstück der politischen Debatte und Aufklärung. Das ist eines von guten Beispielen für wirkungsvolles Engagement.

Nicht immer bleibt es bei Diskussionen.

Es ist unerträglich, dass vor kurzem gewalttätige Ausschreitungen von Rechten in Heidenau und in Salzhemmendorf gegen Flüchtlinge stattgefunden haben und auch in Hannover haben offensichtlich rassistisch motivierte Unbekannte das Flüchtlingswohnheim in Badenstedt beschmiert. „Burn Baby burn“ war dort zu lesen - eine eindeutige Drohung in Richtung der dort lebenden Menschen. Dieser Vorfall zeigt: Es gibt in unserer Stadt aktive Rassisten. Wir alle müssen wachsam sein und dafür Sorge tragen, dass diese geistigen Brandstifter in Hannover keine Chance haben.

Hannover ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Das hat nicht zuletzt die große Anti-Hagida-Demonstration im Januar gezeigt, an der 20.000 Hannoveranerinnen und Hannoveraner teilgenommen haben. Auch, dass es in Hannover nicht möglich ist, ein Geschäft für Nazi-Kleidung dauerhaft zu öffnen, bestätigt dies deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
dieser Ort, an dem wir alljährlich den Antikriegstag begehen, mahnt uns in besonderer Form.

Hier liegen 386 von 526 ermordeten Menschen.

Sie sind in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte grausam auf dem Seelhorster Friedhof durch die Nationalsozialisten ermordet worden. Zu ihren Ehren wurde dieser Friedhof am Nordufer des Maschsees errichtet.

Erschießungen wie auf dem Seelhorster Friedhof hat es auch an anderen Orten in Hannover gegeben. Auf dem Stadtfriedhof Fössefeld in Hannover-Linden liegen mindestens 43 Soldaten der Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg, die von einem Wehrmichtsgericht zum Tode verurteilt worden sind. Sie wurden auf dem Gelände der heutigen Emmich-Cambrai-Kaserne erschossen.

Sie sind desertiert, "fahnenflüchtig" geworden, weggelaufen oder einfach nicht an die Front zurückgekehrt. Sie hatten Angst um das Leben ihrer Familie und Angst nicht mehr lebend zu dieser zurückzukehren. Sie haben sich ins Bein geschossen und wurde als Feiglinge wegen "Selbstverstümmelung" verurteilt und hingerichtet - meistens erschossen, aber auch erhängt oder mit dem Fallbeil enthauptet.

Mindestens 17 Soldaten haben sich umgebracht, bei einem von Ihnen wissen wir, das er, ein Zeuge Jehovas, sich im Wehrmichtsgefängnis am Waterlooplatz umgebracht hat.

Diese Menschen haben sich geweigert diesen Krieg weiterhin mitzumachen – aus persönlichen, religiösen und politischen Gründen. Ein Soldat aus Kassel sagte: "Ich habe die Metzerei satt." Robert Gauweiler aus Hannover erklärte: "Diesen Krieg werden wir verlieren.“ Ein anderer weigerte sich aus religiösen Gründen, Soldat zu werden "und wenn sie mich an die Wand stellen".

Diese Männer wurden zu "Wehrkraftzersetzer" erklärt, verurteilt und erschossen. Auch ihre Namen und ihre Motive waren jahrzehntelang nicht bekannt. Mit dem am 9. Mai eingeweihten Denkmal auf dem Stadtfriedhof Fössefeld ist ihnen ein Stück Gerechtigkeit widerfahren, die ihnen lange vorenthalten worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
In den letzten Jahren wurde viel gemacht, um diesem Ehrenfriedhof ein würdiges Erscheinungsbild zu geben. Durch die Tafel am Eingang wird der Stadtöffentlichkeit der historische Hintergrund dieses Ortes dargebracht. Es ist der Forschungsarbeit von engagierten Hannoveraner\*innen zu verdanken, dass immer mehr Namen von denjenigen bekannt werden, die hier auf dem Friedhof liegen. Diese wurden bereits in einem Gedenkbuch im Rathaus veröffentlicht.

Allerdings sind diese Namen hier auf dem Friedhof bisher nicht sichtbar. Ich denke, es ist an der Zeit, dies zu ändern.  
Denn jeder einzelne Name, der hier seinen Platz findet, erinnert daran, dass jedes Opfer seine eigene Persönlichkeit, seine eigene Familie, sein eigenes Schicksal gehabt hat. Ich freue mich, dass die Stadtverwaltung diese Idee nun aufgenommen hat. Die IG Metall wird dieses Vorhaben tatkräftig unterstützen, damit es alsbald umgesetzt werden kann.

Herzlichen Dank!